

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 11

Artikel: NW-Gespräch mit Ernst Ludwig Ehrlich : von der Pogromnacht zum Nahostkonflikt
Autor: Ehrlich, Ernst Ludwig / Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143437>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von der Pogromnacht zum Nahostkonflikt

NW: Ernst Ludwig Ehrlich, Du bist seit 1958 Zentralsekretär der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz und seit 1961 Direktor des europäischen Distrikts des B'nai B'rith (Söhne des Bundes), der weltweit grössten jüdischen Organisation mit humanitärer Zielsetzung. Du wohnst in Riehen und bist Mitglied der SPD-Sektion Lörrach. Aus Anlass der Parlamentswahlen vom 1. November 1988 in Israel steht das Verhältnis dieses Landes zu seinen arabischen Nachbarn, insbesondere zu den Palästinensern, im Zentrum unseres Gesprächs. Historischer Ausgangspunkt soll jedoch sein, was vor 50 Jahren in Deutschland passiert ist. Du warst damals Schüler am letzten noch nicht geschlossenen jüdischen Gymnasium in Berlin. Wie hast Du den 9. November 1938 erlebt?

Pogromnacht und Flucht in die Schweiz

Ernst Ludwig Ehrlich: Am 9. November fuhr ich wie üblich mit dem Omnibus in die Lessler-Schule in den Grunewald. Von den Ereignissen der Pogromnacht hatte ich Näheres nicht gehört, sondern nur allgemeine Hinweise von Bränden und Zerstörungen erhalten. Im Omnibus fiel mir eine gewisse Betroffenheit der Mitfahrenden auf. In der Schule diskutierten wir über die Ereignisse. Wir wussten noch nicht, dass die Schule wenige Tage später geschlossen werden sollte. Nachher gingen wir in die Stadt und sahen die Zerstörungen der Synagogen und der jüdischen Geschäfte. Auch in der Strasse, in der ich wohnte, wurden ein oder zwei jüdische Geschäfte zerstört.

Da ich damals 17 und noch nicht 18 Jahre alt war, wurde ich nicht in ein Konzentrationslager verbracht, wie alle anderen männlichen Juden. Von der Verhaftungsaktion hörte ich im Laufe des 10. November. Am 10. oder 11. November erschien bei uns ein Vertreter der deutschen Arbeitsfront mit einem Begleiter. Der Mann der Arbeitsfront führte sich recht rüde auf und setzte für eines unserer Grundstücke einen Zwangsverwalter ein. Für ein anderes erübrigte sich das, weil meine Mutter es ohnehin zur Zahlung der «Judenmilliarde» verkaufen musste. Als meine Mutter zögerte, diesen Zwangsverwalter zu akzeptieren, erklärte der Mann von der Arbeitsfront, sie hätte schliesslich einen Sohn, den man einsperren könne. Dieses «Argument» beendete dann die Diskussion.

Rückblickend ist es schwer nachzuvollziehen, mit welcher relativen Gelassenheit man die Jahre von 1933 bis 1938 in Berlin erlebte. Einer der Gründe mag darin liegen, dass keine menschliche Phantasie sich auch nur im entferntesten vorstellen konnte, was seit dem November 1938 und später mit den Juden geschah. Erst nach dem Judenpogrom vom November 1938 kam allen zum Bewusstsein, dass ein Verbleiben in Deutschland unmöglich war. Nun waren die Auswanderungsmöglichkeiten jedoch äusserst beschränkt, zumal inzwischen auch jede Kapitalausfuhr verboten wurde. Die Juden in Deutschland waren in der Falle; nur wenigen gelang die Auswanderung. Es muss vor allem England erwähnt werden, das vielen von den am 10. November in die KZs verschleppten Männern

Visa gab, aufgrund derer sie aus den KZs entlassen wurden. Wir ändern jedoch wussten, dass uns schwere Zeiten bevorstanden.

NW: *Wie hast Du diese Zeit bis zu Deiner Flucht überlebt und wie bist Du dann überhaupt in die Schweiz gekommen?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Als ich begriff, dass die Nationalsozialisten die Ausrottung des jüdischen Volkes zum Ziel hatten, und im April 1942 darüber letzte Gewissheit erlangte durch die Mitteilung eines deutschen Aussenhandelskaufmanns, der nach Polen gereist war, beschloss ich, in die Illegalität zu gehen. Dort lebte ich eine Reihe von Monaten, bis mir dann im Juni 1943 die Flucht in die Schweiz gelang. Die Voraussetzung dafür waren erstklassige falsche Papiere, sodass ich den Wehrmachtsskontrollen entgehen und bis an die Grenze gelangen konnte. Das Problem im Jahre 1943 war nicht mehr so sehr die Jagd auf die Juden, sondern die Jagd auf Deserteure. Ich war mit 22 Jahren genau in dem Alter, in dem es damals schon Deserteure gab.

Die jüdisch-christliche Ökumene und der Beitrag des Religiösen Sozialismus

NW: *Eben ist im pendo-Verlag Dein Gespräch mit Franz Kardinal König erschienen. Es trägt den Titel «Juden und Christen haben eine Zukunft». Du sagst darin gleich zu Anfang, «dass der christlich-jüdische Dialog Teil meiner Existenz ist». Was hat Dich nach dem Scheitern der Kirchen angesichts der Judenverfolgung im Dritten Reich zu diesem ökumenischen Einsatz bewogen?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Genau dieses Scheitern bis 1945, genau die Tatsache, dass die Kirchen als Institutionen uns im wesentlichen im Stich gelassen haben. Ich habe es als meine Aufgabe angesehen, einen Beitrag zu leisten, dass sich hier etwas ändert. Und die Christenheit und die Kirchen sind ja nun wirklich nicht mehr die gleichen wie vor der Shoah. Da ist insbesondere bei den beiden grossen Kirchen schon etwas passiert.

NW: *Was hat sich nach Deiner Erfahrung bei den beiden grossen Kirchen vor allem geändert?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Bei der katholischen Kirche ist die Veränderung fassbar durch das Zweite Vatikanische Konzil und hier durch die Judenerklärung «Nostra aetate» sowie die darauf folgenden Ausführungsbestimmungen und die Richtlinien für den Religionsunterricht. Auch der gegenwärtige Papst zeigt an der jüdischen Geschichte und am jüdischen Schicksal ein besonderes Interesse. Er beschäftigt sich vor allem mit der Frage, wie es zur Shoah hat kommen können, warum Christen daran teilgenommen haben, warum es keine wirksame katholische Gegenkraft dagegen gab. Er muss sich auch damit auseinandersetzen, dass damals einer seiner Amtsvorgänger geschwiegen hat und auch die meisten Bischöfe geschwiegen haben. Johannes Paul II. setzt sich wenigstens damit auseinander. Das ist schon viel.

Was die protestantischen Kirchen anbelangt, ist die Situation komplizierter, weil sie in zahlreiche Denominationen zerfallen. Aber auch hier ist sehr viel geschehen. Ich denke etwa an den Deutschen Evangelischen Kirchentag, auf dem es seit 1961 die Arbeitsgruppe «Christen und Juden» gibt, ferner an die Erklärungen der Rheinischen Synode von 1980 oder der Synoden von Berlin-Brandenburg und von Baden. In diesen Erklärungen erfolgt eine grundlegend neue Beschäftigung mit Juden und Judentum auf allen Gebieten. Das Selbstverständnis der Juden wird zur Kenntnis genommen.

NW: *Ich habe mich etwas gewundert, dass der Religiöse Sozialismus in Deinem Gespräch mit Kardinal König nicht vorkommt. Du erwähnst wohl Karl Barth, der «die Juden erst am Ende seines Lebens entdeckt» habe. Hingegen vermisste ich darin den Namen von Leonhard Ragaz, der doch als der eigentliche Pionier des christlich-jüdischen Dialogs in der Schweiz gelten dürfte. Ragaz hat wohl als*

erster in Judentum und Christentum «zwei Konfessionen des einen Israel» gesehen, dem aufgetragen ist, dem Reich Gottes den Weg zu bereiten.

Ernst Ludwig Ehrlich: Deine Frage ist sehr berechtigt. Sie ist vor allem berechtigt, was Leonhard Ragaz anbetrifft. Der Grund, warum er im Gespräch mit Kardinal König nicht vorkommt, liegt darin, dass wir uns im wesentlichen auf die katholische Kirche beschränkt haben und nur ganz am Rande auf den Protestantismus eingegangen sind. Mit Dir bin ich der Meinung, dass es historisch einfach richtig ist, dass Leonhard Ragaz nicht ein Pionier, sondern *der* eigentliche Pionier des christlich-jüdischen Dialogs ist. Du sagst: «Er darf gelten», ich betone: Er *ist* es, weil er in seinem Vortrag «Judentum und Christentum – ein Wort zur Verständigung» vom Winter 1921 (erschienen 1922 im Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich) bereits wesentliche Dinge gesagt hat, zu denen sich Christen erst nach der Shoah durchgerungen haben. Bei ihm hätte man das alles mindestens 40 Jahre vorher schon lesen können. So ist es eine Tatsache, dass er der Pionier ist. Unser Gespräch müsste auch dazu dienen, ihm den Platz zu geben, der ihm gebührt. Das erfordert die historische Gerechtigkeit.

NW: *Zusammen mit Kardinal König drückst Du die Hoffnung aus, dass Christen und Juden dereinst gemeinsam das «Vaterunser» beten könnten. Was aber taugt dieses gemeinsame Gebet, wenn die Betenden – quer durch die beiden Religionen hindurch – unter der zweiten Vaterunser-Bitte «Dein Reich komme» nicht dasselbe verstehen? Ist es nicht gerade die Reichgottes-Botschaft des Religiösen Sozialismus, die weit über den Dialog hinaus für eine tiefe innere Übereinstimmung von Juden und Christen konstitutiv sein könnte?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Da hast Du schon recht. Nur möchte ich diese zweite Vaterunser-Bitte eigentlich nicht auf den Religiösen Sozialismus beschränken, denn sie enthält die Essenz, die Eschatologie

von Judentum und Christentum, nicht nur des Religiösen Sozialismus. Mir scheint, Juden und Christen könnten sich in dieser Bitte «Dein Reich komme» finden. Sie ist auch Inhalt unseres christlich-jüdischen Dialogs. Juden werden hier ausgehen von den Propheten, und Christen werden selbstverständlich auch die Propheten miteinbeziehen, aber sie werden auch den Apostel Paulus hören, der gesagt hat, das Ziel unserer Geschichte sei, dass Gott alles in allem werde. Das ist der Inhalt der Reichgottes-Hoffnung und der zweiten Vaterunser-Bitte. Insofern gehen wir alle, Christen und Juden, in genau gleicher Weise zu dem gleichen Ziel und sind uns der Tatsache des «Nochnicht» durchaus bewusst, wenn wir uns nicht selbst täuschen wollen.

NW: *Ich will die zweite Vaterunser-Bitte nicht für den Religiösen Sozialismus vereinnahmen. Die eben gestellte Frage sollte vielmehr zum Ausdruck bringen, der Religiöse Sozialismus habe hier eine jüdisch-christliche Gemeinsamkeit entdeckt, vor allem was die weltliche Dimension der Reichgottes-Hoffnung betrifft. Die zweite Vaterunser-Bitte meint ja nicht: «Nimm uns auf in dein Reich», wie vor allem fromme Christen beten, die das Reich Gottes erst von einem Leben nach dem Tod erwarten.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Diese Gemeinsamkeit besteht. Und ich würde wiederum meinen, sie besteht nicht nur bei den Religiösen Sozialisten, sondern Juden und Religiöse Sozialisten müssten es als ihre gemeinsame Aufgabe sehen, die Dynamik in dieser Botschaft vom «Reich Gottes» unter die Menschen zu bringen. Mit «Dynamik» meine ich, dass das Reich Gottes nicht vom Himmel fällt, sondern dass wir Menschen dazu unseren Beitrag hier und heute zu leisten haben, selbst wenn wir wissen, dass wir das Reich Gottes nicht allein durch unser Tun herbeiführen können.

NW: *Oder wie Ragaz im Anschluss an den Ersten Korintherbrief (3, 9) sagt: Wir Menschen sind «Mitarbeiter Gottes» und*

insofern auch des Reiches Gottes.

Ernst Ludwig Ehrlich: Und ich würde sagen: Wir sind Partner Gottes.

An Israel denselben Massstab anlegen wie an andere Staaten

NW: Würde diese Ökumene des Reiches Gottes verwirklicht, würden die Juden nirgendwo in der Welt mehr diskriminiert oder gar verfolgt, hätte dann Israel für das Judentum noch dieselbe Bedeutung wie heute? Ernst Bloch sagt in seinem «Prinzip Hoffnung»: «Ubi Lenin, ibi Jerusalem.» Er meinte, dass die Verwirklichung des Sozialismus dem Antisemitismus ein Ende setzen und einen Judenstaat überflüssig machen würde. Anders gefragt: Gehört der eigene jüdische Staat wesentlich zum Judentum, oder ist er für die Juden nur eine Notordnung?

Ernst Ludwig Ehrlich: Auf diese beiden Fragen kann man nicht mit einem deutlichen Ja oder Nein antworten. «Notordnung» scheint mir sicher viel zuwenig. Ich gehe am liebsten von Tatsachen aus: Es ist eine historische Tatsache, dass sich das jüdische Volk nach der zweiten Tempelzerstörung im Jahre 70 nicht mit der reinen Diaspora-Existenz abgefunden hat. Das Land Israel und die Stadt Jerusalem sind in das Gebet und in das Gefühlsleben der Juden in der Diaspora eingedrungen. Der moderne Zionismus ist nichts anderes als die Verwirklichung dieser Hoffnung, die eben nicht nur eine spirituelle ist. Juden haben Israel nicht spiritualisiert, sondern haben es als dieses konkrete Land angesehen. Und es hat im Lauf der Geschichte immer Rückkehrbewegungen gegeben. Als der moderne politische Zionismus zu Ende des 19. Jahrhunderts entstand, konnte er infolgedessen an etwas ganz Reales anknüpfen: an eine Hoffnung, die sich durch das gesamte religiöse Leben der Juden erhalten hat. Insofern gehört der Staat Israel, der Gedanke eines eigentlichen Staates in diesem unaustauschbaren Land schon wesentlich zum Judentum.

NW: In der Juli/August-Nummer unserer Zeitschrift ist Dein Referat an der SPS-Tagung «Religion und Sozialismus» erschienen. Darin sagst Du: «Judentum ist die Verwirklichung des Sozialismus, Sozialismus ist die Verwirklichung des Judentums. . .» Und Du sagst es an die Adresse des Staates Israel. Mir scheint, Israel sei von dieser Synthese zwischen Judentum und Sozialismus heute weiter entfernt denn je in seiner 40jährigen Geschichte. Lang ist die Liste der Anklagen gegen Israel. Dazu gehören die Bombardierungen von Tunis und Bagdad, die Invasion im Libanon oder die Annexionen Jerusalems und der Golanhöhen. In Guatemala helfen israelische Instrukturen mit bei der Bewaffnung und Ausbildung ausgerechnet jenes Militärs, das für seine Massaker und brutalen Umsiedlungsaktionen berüchtigt ist. Beim geheimen Verkauf amerikanischer Waffen an Iran war Israel dabei. Früher machte Israel auch durch Waffenexporte zugunsten des Schah-Regimes im Iran oder des Somoza-Clans in Nicaragua von sich reden. Ist es für Dich einfühlbar, wenn von Israel als der «Speerspitze des Imperialismus im Nahen Osten» die Rede ist? Fühlst Du Dich von dieser Kritik betroffen?

Ernst Ludwig Ehrlich: Ich fühle mich von dieser Kritik insofern nicht betroffen, als ich zu denen gehöre, die sich über den Staat Israel keine Illusionen machen. Das heisst, dass ich im Grunde nicht will, dass man an diesen Staat einen andern Massstab anlegt als an andere Staaten. Das kommt uns, die wir nicht in Israel leben, Juden und Nichtjuden, auch nicht zu. Was Du hier als Probleme Israels auflistest, mag stimmen oder nicht, es ist, wenn es stimmt, unerfreulich. Auf der andern Seite gehört es zur Aufgabe eines Staates, um seine eigene Sicherheit besorgt zu sein, und dazu gehören dann eben auch höchst unerfreuliche Waffengeschäfte und all das, was mit diesen zusammenhängt. Schliesslich ist Israel leider wirklich von Feinden umgeben, die es vernichten wollen. Das gilt vor allem

für das von den Sowjets hoch aufgerüstete Syrien.

Freilich würde ich von Deinem Anklagekatalog zwei Punkte ausnehmen. Ich sehe die Wiedervereinigung Jerusalems nicht als «Annexion». Der Zustand bis 1967 war unnatürlich. Es kommt jetzt darauf an, die Rechte der Palästinenser in dieser Stadt zu wahren und dafür zu sorgen, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Eine Teilung Jerusalems als solche kommt, wie ich es sehe, nicht mehr in Frage. Und die Syrer haben nach meiner Meinung ihr Recht auf die Golanhöhen verwirkt, da sie während vieler Jahre von diesen Golanhöhen aus zivile Siedlungen der Israelis beschossen haben. Ich will einfach nicht, dass israelische Kinder im Norden des Galils ihr Leben im Luftschutzkeller verbringen müssen.

NW: Hat eine solche Aussenpolitik nicht etwas moralisch Perveres an sich?

Ernst Ludwig Ehrlich: Mir gefällt diese Form der Aussenpolitik natürlich auch nicht. Aber ich sehe realistisch die prekäre Situation Israels und seine notwendige politische und militärische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Da ich will, dass Israel überlebt, muss ich bereit sein, auch Dinge in Kauf zu nehmen, die ich selbst für ungut halte. Auf der andern Seite müssen wir langfristig dahin gelangen, dass Israel derartige Manöver nicht mehr nötig hat, um seine Sicherheit zu gewährleisten, sondern dass es inmitten einer arabischen Welt friedlich leben kann, ohne dass es täglich um seine blosse Existenz ringen muss. Aber solange dieser für mich keineswegs utopische Zustand nicht erreicht ist, hat Israel zu seiner Politik der engen militärischen Zusammenarbeit mit der amerikanischen Grossmacht keine Alternative. Zumal die andere Grossmacht Sowjetunion ja keineswegs zimperlich ist, was ihre eigenen Klienten in der Region betrifft. Vor allem ein so rabiater Staat wie etwa Syrien stellt für die Sowjetunion eine «Speerspitze» in dieser Region dar.

NW: Was Israel gegenüber zur Zeit am meisten Kritik auslöst, ist sein Verhalten als Besatzungsmacht in der Westbank und auf dem Gazastreifen. Da werden entgegen der Genfer Konvention die Häuser oppositioneller Palästinenser gesprengt. Sie dürfen bis zu 105 Tage ohne Haftbefehl von der Geheimpolizei Shinbeth gefangengehalten werden. Zahlreich sind die Berichte über Folterungen. Viele Palästinenser arbeiten in Israel für den Bruchteil des Lohns eines Israeli. Sie sind mehrere Stunden unterwegs, da es ihnen untersagt ist, ausserhalb der besetzten Gebiete zu wohnen. Leben diese Leute nicht ganz ähnlich wie die Schwarzen in einem südafrikanischen «Homeland»?

Ernst Ludwig Ehrlich: Den Vergleich mit den Schwarzen im südafrikanischen Homeland würde ich nicht gebrauchen. Vielmehr meine ich, dass jedes Besatzungsregime, so tolerant es im einzelnen auch sein mag, von Übel ist. Nach über zwanzig Jahren Besatzungsregime ist es jetzt Zeit, endlich zu einer vernünftigen politischen Lösung zu kommen. Was Du hier aufzählst als sogenannte Untaten der Israelis ist vor allem Folge des Besatzungsregimes und dementsprechend des aufrührerischen Verhaltens der Palästinenser. Ich habe alles Verständnis dafür, dass die Palästinenser genug haben, unter einem Besatzungsregime zu leben. Auf der andern Seite können sich die Israelis das Verhalten der Palästinenser, wie es seit dem 9. Dezember 1987 stattfindet, nicht gefallen lassen. Kein Staat würde das dulden. Aber für uns ist das ein Beweis mehr, dass es bald zu einer politischen Lösung kommen muss, die Israelis und Palästinensern in gleicher Weise gerecht wird.

Eine Benelux-Lösung für den Nahostkonflikt

NW: Am 31. Juli hat König Hussein alle Bindungen Jordaniens an das Westjordanland, wo 800'000 Palästinenser unter israelischer Besatzung leben, für aufgelöst erklärt. Angesichts der «Intifada» in Cis-

jordanien und Gaza musste Hussein anerkennen, dass die Bewohner der Westjordangebiete sich durch die PLO vertreten fühlen. Darauf hat der Stellvertreter des PLO-Chefs, Abu Iyad, die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates im Westjordanland mit Jerusalem als Hauptstadt angeregt. Nach dieser Auffassung könnten sich der Palästinenserstaat und Israel wechselseitig anerkennen. Das seien «Ideen von Wahnsinnigen», lautete die Reaktion des israelischen Ministerpräsidenten Schamir. Zwischen dem Mittelmeer und der arabischen Wüste dürfe es nur zwei Staaten geben: Israel mit Jerusalem als Hauptstadt und Jordanien mit der Hauptstadt Amman. Wie lange noch kann sich eine israelische Regierung diese intransigente Haltung leisten? Will man warten, bis der Khomeiny-Fundamentalismus auch die PLO erreicht?

Ernst Ludwig Ehrlich: Zunächst einmal ist König Hussein von Jordanien einer der bedeutendsten arabischen Taktiker unserer Zeit. Er wird sicher viele Gründe gehabt haben, warum er sich derzeit an Westbank und Gaza als desinteressiert erklärt hat. Ich selbst halte seine jetzige Position für absolut provisorisch. König Hussein wird, wenn die Zeit gekommen ist, selbstverständlich an den Verhandlungstisch zurückkehren. Die Lösung des Nahostkonflikts kann letztlich nur ein selbständiger Palästinenserstaat sein, der in einer Föderation mit Jordanien lebt. Ein Palästinenserstaat in Westbank und Gaza allein ist nicht lebensfähig. Man muss auf der einen Seite den Palästinensern die Bildung eines eigenen Staats ermöglichen. Auf der andern Seite darf man aber nicht den Kern zu neuen Konflikten schaffen, indem man ein Gebilde kreiert, das nicht leben kann.

NW: *Geht es nur um eine Föderation mit Jordanien oder auch um eine solche mit Israel?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Als Fernziel, aber nicht als Utopie, schwebt mir eine Benelux-Lösung vor: Belgien, Holland und Luxemburg haben je ihre nationale Au-

tonomie, und dennoch sind die drei Staaten in anderer Weise miteinander verbunden als die übrigen Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Diese Lösung erscheint mir auch für den Nahostkonflikt als die einzige realistische: die drei unabhängigen Staaten Jordanien, Palästina und Israel, die in einer besonderen Wirtschaftsgemeinschaft miteinander verbunden sind, mit offenen Grenzen und mit besonders gearteten Beziehungen zueinander.

Vom schwierigen Dialog mit dem Feind

NW: *Was steht denn einer solchen Lösung entgegen? Ist es die Unfähigkeit zum Dialog mit dem Feind? Den Israelis wird seit 1986 gar durch ein Anti-Terror-Gesetz verboten, mit der PLO Kontakt aufzunehmen. Eben wurde Eliezer Feiler zu 18 Monaten Gefängnis, sechs davon unbedingt, verurteilt, weil er mit PLO-Vertretern die Frage einer Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern erörtert hat. Wie will man zu einer Lösung kommen, wenn solche Kontakte selbst an der Basis untersagt werden?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Die Freunde Israels und die Freunde der Palästinenser sollten endlich einmal bereit sein, das Wesen der PLO zu erkennen. Es handelt sich um eine heterogene Dachorganisation, in der die verschiedensten Gruppen vertreten sind, die ein höchst unterschiedliches politisches Programm aufweisen. In der PLO gibt es Gruppen, mit denen sich Israelis heute an einen Tisch setzen und in kurzer Zeit zu einem Übereinkommen gelangen könnten. Es gibt aber auch beträchtliche Komponenten in dieser PLO, die jeden Staat Israel, in welchen Grenzen auch immer, heute noch ablehnen. Es ist eine bedauerliche Tatsache, dass bisher fast alle palästinensischen Friedensfreunde, die offen oder im geheimen für den Frieden mit Israel gearbeitet haben, ermordet worden sind. Einer der letzten war Dr. Issam Sartawi. Die systematische Ermordung palästinensischer Friedensfreunde durch palä-

stinensische Extremisten zeigt, wie schwierig es ist, mit einer PLO ins Gespräch zu kommen, die als eine politikfähige Organisation gar nicht existiert. Es ist ein loser Verband divergierender Auffassungen. Daher sehe ich leider nicht, wie man mit der PLO zu einem Übereinkommen gelangen kann.

Dein Hinweis auf das Anti-Terror-Gesetz ist durchaus berechtigt. Ich halte es für sinnlos. Es wird angewendet, wo es der Likud-Gesellschaft gerade passt, zum Beispiel wenn sich irgendein Hinterbänkler der Mapam-Partei oder anderer friedensfreundlicher Gruppen mit PLO-Leuten trifft. Aber es wird nicht angewendet bei Persönlichkeiten, gegen die der Likud nicht vorzugehen wagt, zum Beispiel wenn sich der Vorsitzende des Aussenpolitischen und Sicherheitspolitischen Ausschusses der Knesset, Aba Eban, mit PLO-Angehörigen in Brüssel trifft.

NW: Du sagst, es sei sehr schwierig, mit der PLO ins Gespräch zu kommen, weil sie ein heterogener Verband sei. Ist es denn nur von Nachteil, wenn die PLO nicht als monolithischer Block auftritt? Und hat die PLO nicht auch eine Führung, die für sich beanspruchen darf, bei Verhandlungen diesen Verband eben doch zu repräsentieren? Ist es nicht besser, mit Yassir Arafat zu sprechen als mit einem möglichen Nachfolger fundamentalistischer Prägung? Und was tut man denn eigentlich von israelischer Seite, um die Kräfte zu stärken, mit denen man allenfalls ins Einvernehmen kommen könnte?

Ernst Ludwig Ehrlich: Die Erfahrung, die gesprächsbereite Israelis mit Yassir Arafat gemacht haben, ist diese: Unter vier, sechs oder zehn Augen hat er das Minimum dessen zugestanden, was Israelis verlangen müssen, nämlich die Anerkennung des Staates Israel und die Absage an den Terror. Wenn er dann heim nach Tunis kam, waren es Kaddumi oder andere Anhänger des PLO-Chefs, die all das, was dieser zugebilligt hatte, sofort wieder dementierten. So kann man mit-

einander weder verhandeln noch umgehen. Die PLO findet keinen Konsensus in der einzigen Grundfrage, um die es hier geht, nämlich in der Grundfrage der Existenz des Staates Israel. Die Israelis sind mit Recht nicht bereit, sich selbst aufzugeben und politischen Selbstmord zu begehen.

Es geht nicht mehr um das legitime Recht der palästinensischen Araber. Dieses ist bereits durch Begin im Camp-David-Abkommen zugesichert worden. Und dahinter kann keine israelische Regierung zurückgehen. Worum es in Wirklichkeit geht, ist nun umgekehrt die Anerkennung des Staates Israel durch die PLO. Diese Anerkennung ist bisher nicht erfolgt, selbst wenn Arafat hinter vorgehaltener Hand unzählige Male erklärt hat, dass er natürlich bereit sei, diesen Staat anzuerkennen, weil er ein realitätsbezogener Mensch ist. Der Grund, warum Juden und Israelis wiederholt sich mit Arafat zusammengesetzt haben, war, ihm zu helfen, die Basis, auf der er steht, zu erweitern. Wir müssen aber leider konstatieren, dass dies den friedenswilligen Israelis, Juden und Palästinensern wenigstens bisher total misslungen ist. Und dieses Spielchen wiederholt sich schon seit Jahren: Arafat ist der friedenswillige, und hinter ihm steht eine Front von Leuten, die erklären, der Staat Israel habe für sie keine Existenzberechtigung.

NW: Da wäre die Zusatzfrage zu stellen, ob es ohne Sowjetunion überhaupt eine Lösung des Nahostkonflikts geben kann.

Ernst Ludwig Ehrlich: Diese Frage ist sehr leicht zu beantworten. Eine Lösung kann es ohne die Sowjetunion nicht geben. Wir haben dafür einen Beweis, nämlich das Camp-David-Abkommen. Es enthält in sich eine Fülle positiver Elemente, die langfristig zu einem Frieden zwischen Israelis und Palästinensern hätten führen können. Das Ziel wäre das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gewesen. Warum ist Camp David gescheitert, was die Palästinenser betrifft? Es ist allein gescheitert, weil es Präsident

Sadat damals gelungen war, die Sowjets herauszuhalten. Es waren weder die Amerikaner noch die Israelis, die darauf bestanden haben, die Sowjets fernzuhalten. Das war vielmehr Präsident Sadat, der kurz vorher die Sowjets aus Ägypten herauskomplimentiert hatte. Ich sehe heute für eine Befriedung dieser Region keine andere Möglichkeit, als dass neben den Direktbeteiligten auch die beiden Grossmächte Sowjetunion und USA miteinander an einem Tisch sitzen und sich über eine Friedenslösung verständigen. Es kann dort keine «Pax Americana» geben, wie das Camp-David-Abkommen zeigt. Erst wenn die Sowjets direkt mit an einem Tisch sitzen, ist Gewähr dafür geboten, dass die sowjetischen Klienten im Nahen Osten ein neues Friedensabkommen wenigstens nicht stören, sondern tolerieren.

NW: *Ist von den bevorstehenden Wahlen irgendeine Besserung zu erwarten? Ministerpräsident Schamir vertritt die Auffassung, Israel habe 1967 Westjordanien und den Gazastreifen nicht erobert, sondern als Teil seines biblischen Landes «befreit». Er wird von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung unterstützt. Wie eine im August veröffentlichte Meinungsumfrage zeigt, befürworten 49 Prozent der Israelis sogar die Aussiedlung der in den besetzten Gebieten wohnenden Araber. Die Idee stammt ursprünglich aus dem rechtsextremen Lager um Rabbi Meir Kahane. Heute ist sie salonfähig, ja vielleicht sogar mehrheitsfähig geworden.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Diese Meinungsumfrage halte ich für absolut tendenziös. Ich könnte mit einer andern Umfrage aufwarten. Dabei ging es um die Frage, ob die Israelis bereit seien, unter gewissen Bedingungen wie der Anerkennung des Staates Israel und der Absage an den Terror mit der PLO zu verhandeln. Die Hälfte der israelischen Bevölkerung hat sich für solche Verhandlungen ausgesprochen. Ich möchte mich lieber an diese Umfrage halten. Für sie spricht die Tatsache, dass Shimon Peres neulich in

einem Interview in der französischen Zeitung «Libération» erklärt hat, dass seine Regierung, sollte sie siegen, selbstverständlich mit der PLO verhandeln werde, wenn diese dem Terror absage und den Staat Israel anerkenne. Ferner hat er gefordert, dass die Mehrheit in der PLO diesen Bedingungen zustimmen müsste. Dass ein Taktiker wie Shimon Peres vor den Wahlen eine solche Erklärung abgeben kann, zeigt ja doch wohl, dass eine breite Strömung in der israelischen Bevölkerung bereit ist, unter den erwähnten Voraussetzungen mit der PLO zu verhandeln.

NW: *In Deinem Gespräch mit Kardinal König ist die Rede von Neveh Shalom, einer fünf Jahre alten Siedlung, in der Juden, Christen und Muslime modellhaft zusammenleben. Wie würde Israel als Staat aussehen, wenn es sich dieses Siedlungswerk zum Vorbild nähme?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Neveh Shalom ist ein Modell für das Zusammenleben der von Dir erwähnten Menschen. Diese Siedlung soll nicht als eine Art von Mini-Staat gelten, sondern vor allem psychologische und pädagogische Voraussetzungen schaffen. Man will, dass Juden, Christen und Muslime sich kennenlernen. Vorurteile müssen abgebaut werden; es gilt, Fremdheit zu überwinden. Neveh Shalom ist daher vor allem eine Schule für den Frieden. Kinder und Erwachsene haben hier zu lernen. Neveh Shalom, über das man viel mehr reden und schreiben sollte, ist ein Mosaikstein auf dem Boden, auf dem man den Frieden aufzubauen hat.

NW: *Ernst Ludwig Ehrlich, ich danke Dir für dieses Gespräch, von dem ich hoffe, dass es zum jüdisch-christlichen Dialog und nicht zuletzt zu einer Diskussion über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts beitragen werde.*

(Das Gespräch für die «Neuen Wege» und die Tonbandnachschrift besorgte Willy Spieler.)

Nachträgliche Anmerkungen zum Gespräch von Willy Spieler mit Ernst Ludwig Ehrlich über den Judenpogrom von 1938, die Reichgottes-Hoffnung und den Nahostkonflikt

Es ist mein Privileg, aus einer gewissen Distanz mich zu einem Gespräch äussern zu können, an dem ich – nach dem ursprünglichen Wunsch der «Neuen Wege» – gleichzeitig mit Ernst Ludwig Ehrlich hätte teilnehmen sollen. Diesen Vorteil des Abstands vom Gespräch gedenke ich auszunützen, indem ich, ein wenig ausholend, Aspekte des Gesprächs beleuchte; durchaus zugewandt, geht es doch hier um eine *Annäherung* im nicht immer ungetrübten Verhältnis zwischen (vereinfacht gesagt) linken Juden und linken Christen – eine Annäherung, die mir sehr wichtig ist. Zugewandt wie gesagt, aber auch ein wenig gereizt, nämlich dort, wo ich hinter den Fragen Meinungen vermute, die auf einer mir wohl bekannten Schiene laufen und die mich hellhörig werden lassen.

Von Auschwitz zur Westbank und zurück – ein Spiel mit Fallen

Willy Spieler rückt zu Beginn des Gesprächs den 1938er Pogrom, den Auftakt zur nationalsozialistischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den Vordergrund, um danach zum eigentlichen Thema zu kommen, den Wahlen in Israel und dem Verhältnis Israels zu den Palästinensern. In der Anlage des Interviews schimmert also eine Verknüpfung durch: Ein Band wird durch die Geschichte gewoben, derart, dass eine Linie entsteht von Auschwitz zur Westbank und in einer Verlängerung vielleicht weiter zu Sabra und Shatila und die Frage unausgesprochen, aber deutlich ins Zentrum rückt: Ist es wirklich *das*, was die Juden aus Auschwitz gelernt haben? Gipfelt die Lehre, die die Juden aus der Geschichte gezogen haben, tatsächlich in der Anwendung der erlittenen Nazigreuel auf die Palästinenser?!

Nun, ich finde die Verknüpfung im besten Fall tendenziös – und bleibe bei meiner Hellhörigkeit.

Gefühlsmässig aber sind die Würfel für mich zunächst einmal gefallen. Ich habe Angst, stelle Verknüpfungen her, die vom Gesprächspartner vielleicht gar nicht intendiert waren, stelle mich auf Kampf ein – ein Spiel ist eröffnet, das mir eigentlich zuwider ist, aus dem ich aussteigen möchte und es nicht allein kann. Ein Spiel, dessen Züge ich aus meiner Sicht aufzeigen möchte, um *gemeinsam* aus diesem Spiel aussteigen zu können, um gemeinsam die Fallen zu betrachten, die dieses Spiel – wie ich meine – *allen* Beteiligten bietet.

Was also passiert bei einer solchen Eröffnung?

Um es vorwegzunehmen und um etwaige Missverständnisse auszuräumen: Was ich in der Folge sagen werde, sage ich als Jude, in Israel geboren, in Zürich lebend, der die offizielle israelische Politik scharf verurteilt: Ich finde sie brutal und kurzsichtig und unterstütze die israelische Friedensbewegung, ich trete ein für die völlige Gleichberechtigung der arabischen Israelis und engagiere mich für den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Mögen die dort lebenden Palästinenser das machen, was sie für richtig halten – vermutlich ihren eigenen Staat. Ausser dass sie die Existenz Israels bedrohen – und an diesem Punkt fängt das Dilemma an.

Was also passiert bei einer solchen Eröffnung, die implizit oder explizit Auschwitz mit dem Westjordanland, die Handlungen der Nazis mit denen der Israelis gleichsetzt?

– Zunächst einmal stellt diese Gleichsetzung einen erstaunlichen Sachverhalt fest: den historischen «Ziehharmonika-Effekt» (M. Brumlik): Die ehemaligen Opfer werden zu Tätern und schaffen neue Opfer. Das ist leider wahr, und das schmerzt. Und dennoch: Die Gleichsetzung lehne ich ab, erst recht, wenn sie moralisierend daherkommt: «Eigentlich sollten die Opfer doch aus ihrer Geschichte dies und das gelernt haben . . .»

Nun, Opfer lernen offenbar auch als Opfer

nicht das, was man von ihnen erwartet; Opfer lernen vielleicht anderes aus ihrer Geschichte als historisierenden Gerechtigkeitsaposteln, anderes als auch *mir* lieb ist: Sie lernten zum Beispiel in Israel: «Lieber ich töte den anderen, den, der die Vernichtung der Existenz meines Staates auf seine Fahne schreibt, als dass der andere mich tötet.» Ich habe etwas anderes gelernt, aber ich verarge es denen nicht, die meinen, das gelernt zu haben.

Mir geht es um den – nun sage ich es – Antisemitismus, der in dieser Ziehharmonika-Theorie latent drin steckt. Auch wenn der Fragesteller – wovon ich überzeugt bin – keine antisemitischen Motive hat. Ich behaupte: Es gilt zu bedenken, welches der Boden ist, auf dem diese Saat aufgeht. Die Falle des Antisemitismus schnappt dort zu, wo in der Verlängerung dieser Theorie der faschistische Völkermord an den Juden relativiert wird; indem durch eine historische Gleichung suggeriert wird, dass das, was die Nazis damals gemacht haben, eigentlich gar nicht so schlimm sei, zumal die Juden ja «Ähnliches» verübten. In einer weiteren Verlängerung dieser Ansicht wird dann auch behauptet, die Nazis hätten damals recht gehabt, so mit den Juden zu verfahren: «Wir sehen ja, wie sie sind . . .» Das wäre dann der blanke Antisemitismus.

Meine Meinung dazu ist ganz klar: Israel betreibt eine brutale Besatzungspolitik, mit der es, ginge es nach mir, nach uns, schleunigst aufhören müsste – mit Völkermord hat das aber nichts zu tun und ich hoffe sehnlichst, es wird – trotz der faschistischen Tendenzen in Israel – so bleiben.

Vorbehaltlose Unterstützung für die Opfer der Opfer?

Die Antisemitismusfalle schnappt im Zusammenhang mit dieser Theorie noch an einem anderen Ort zu. Es geht zunächst einmal um die seltsame Ansicht (die übrigens einen Pfeiler des gegenwärtigen linken Weltbildes in Mitteleuropa darstellt), die Opfer seien bessere Menschen und könnten – quasi per definitionem – nicht auch «böse» sein. Es geht also konkret darum, dass die Juden/die Israelis, als sie noch die *Opfer* waren, von den Linken geliebt und (philosemitisch?) gehätschelt wurden, sobald sie sich aber «menschlich» zeigen, widersprüchlich, als Opfer, die sie vor

allem psychisch nach wie vor sind, *und* als Aggressoren, werden sie gehasst und schleunigst fallengelassen.

Die antisemitische Komponente dieser Figur zeigt sich allemal darin, dass den Juden, wieder ein besonderer Status verliehen wird. Mit einem gespreizten Affekt werden *ihre* Untaten in den Vordergrund gerückt. Und wieder werden sie nicht *real* wahrgenommen: Weder der jüdische Staat als ein Staat wie alle anderen, noch jüdische Menschen als konkrete Menschen: nicht besser und auch nicht schlechter als andere. Sie werden nicht real wahrgenommen, sondern ausgesondert. Und diese Tendenz zur Verbannung der Juden aus der menschlichen Ordnung entstammt aus nichts anderem als der Versatzkiste der Antisemiten.

Hier ist aber auch der Ort, wo die Falle für viele Juden zuschnappt: nämlich in dem Moment, wo sie dem antisemitischen Zwang zum «falschen Kollektiv» nicht widerstehen und ihn in ihr Selbstbildnis aufnehmen. Wenn also auch Juden ihren selbstkritischen Humor und ihre historische Weisheit (wo vorhanden) vergessen, vergessen, dass wir/und Israel halt genau so sind wie alle anderen, wie gesagt: nicht besser und nicht schlechter – daher kritisierbar. Und manche Juden die Reihen schliessen zu müssen glauben gegenüber jenen Juden und Nichtjuden, die der Welt mit einem differenzierteren Blick begegnen als sie selber.

Die Falle schnappt für uns Juden insbesondere dann zu, wenn wir weiterhin einer verkürzenden Variante des jüdischen Auserwähltheitsmythos nachhängen, der aus so vielen Komponenten zusammengesetzt ist und unter anderem beinhaltet, dass die Juden nicht nur von Gott auserwählt, sondern auch seinen Prüfungen unterworfen sind – so wie er unseren! Nichts Jüdisches spricht dafür, nur an der einen Seite dieses Mythos festhalten zu wollen.

Denn die, die an diesem Mythos in seiner einseitigen Formulierung festhalten würden, müssten dann auch den entsprechenden Preis dafür zahlen: Und der besteht in der Unfehlbarkeit durch Gottes Nähe. Diese Unfehlbarkeit ist unsere Sache nicht. So wenig wie diejenige eines anderen Volkes. Diese Figur der einseitigen Zuschreibung kommt im Interview mehrmals ins Spiel: einerseits bei der Verknüpfung von Holocaust (die «armen»

Juden) und Palästinenserpolitik (die «bösen» Israelis), andererseits auch dort, wo Bezug darauf genommen wird, dass Ernst Ludwig Ehrlich bei einer früheren Gelegenheit das Judentum «die Verwirklichung des Sozialismus» genannt habe. An diesem Punkt bekommt Ehrlich die Frage zu hören, ob für ihn «einfühlbar» sei, dass von Israel als der «Speerspitze des Imperialismus» gesprochen werde. Ich sehe in beidem eine unglaubliche Reduktion der Komplexität: sowohl des Wesens des Staates Israel als auch des Nahostkonflikts.

Diese Reduktion von Komplexität, die Entmischung der verschiedenartigsten Komponenten auf ein einfaches Gut-böse-Schema mit eindeutig verteilten Rollen sind wir Linken sonst bei Gestalten wie Reagan oder J. Shamir wahrzunehmen gewohnt – sehr zu Recht, wie ich meine.

Dasselbe Denken in Schemen und einseitigen Zuschreibungen verwenden aber auch manche europäischen Linken – und verstehen dadurch beispielsweise die fundamentale *Dialektik* von Täter und Opfer nicht, die in ihrer Fortsetzung auch erklärt, warum beispielsweise die Schweizer Bevölkerung ständig gegen ihre – wie wir meinen – eigenen Interessen abstimmt.

Die Verkürzungen, die aus den mechanistischen Zuschreibungen entstehen, zeigen sich mir aber am deutlichsten dort, wo ich aus eigener Anschauung vermutlich sehr gut Bescheid weiss: am Nahostkonflikt, gilt aber leider weit über ihn hinaus.

Die Schweizer Linke auf der ständigen Suche nach Ersatzidentitäten

Innerhalb der Neuen Linken zieht sich dieses Muster durch: die Suche nach dem Opfer, mit dem man sich eindeutig und vorbehaltlos solidarisieren kann, ob das das Israel der 50er und der frühen 60er Jahre ist, das revolutionäre Algerien, Kuba, Vietnam, Kambodscha, Iran, die Sandinisten bis zu den Palästinensern. Diese Solidarität – und die selbsternannte Schiedsrichterrolle, bei der (angesichts der realen Ohnmacht) wenigstens im Kopf Weltpolitik gemacht werden kann – hält an, bis – selbstverständlich! – auch die andere Seite der Opfer sichtbar und die vormals hochgejubelte Befreiungsbewegung . . . fallengelassen wird.

Ich kann mir diesen stereotyp sich wiederholenden Ablauf nicht anders erklären, als dass dieses Muster wenig mit den jeweiligen Befreiungsbewegungen, wohl aber mit den Entwicklungen der Neuen Linken selber zu tun hat. Ich denke, die Geschichte der Schweizer Linken ist in den letzten Jahrzehnten zu einem allzugrossen Teil die Geschichte der Abfolge ihrer von den Befreiungsbewegungen entliehenen Pseudo-Identitäten.

– Ich denke, die Schweizer Linke hat für keine Befreiungsbewegung eine besondere Verantwortung, wohl aber für die Schweizer Politik, die zur Unterdrückung eines anderen Volkes beiträgt (beispielsweise im Fall der Schweizer Banken in Südafrika). Ich denke, die Schweizer Linke hat die Verantwortung, in allererster Linie in der Schweiz Politik zu machen. Und es ist ein Riesenfrust, dass sie dabei so wenig erfolgreich ist wie beispielsweise die israelische Linke.

– Ich meine, die Schweizer Linke hat für die Palästinenser *keine* besondere Verantwortung, ausser sie fühle sich mitschuldig, dass die *Juden* nach den ewigen Pogromen in Europa sich keine andere als eine nationalstaatliche Lösung vorstellen konnten, die (wie so oft in der Geschichte) ebensoviele Probleme schuf, als sie löste, und deren Opfer dann tatsächlich die Palästinenser geworden sind.

Dann aber wäre die Verantwortung der Linken eine doppelte: dass kein Faschismus und kein Antisemitismus (!) mehr entstehe – gegen letzteren unternahm die Linke bis zur allerjüngsten Zeit ebensowenig wie gegen ersteren das offizielle Schweizer Judentum.

Wenn überhaupt von einer Verantwortung der Linken die Rede sein sollte, dann sehe ich sie dahingehend, dass aus der Situation im Nahen Osten das *Bestmögliche* entstünde, das der historischen Entwicklung ebenso wie den aktuellen Realitäten Rechnung trüge – und das wäre die Teilung des historischen Palästina in *zwei* existenzberechtigte Staaten.

Das Einwirken auf beide Seiten: für das Abrücken des Israelis *und* der Palästinenser von ihren territorialen Maximalforderungen, war bislang die Position vieler Linker nicht, vor allem derjenigen nicht, die sich an unhistorische Prinzipien klammerten und, von allen historischen und geographischen Bezügen abstrahierend, einfach auf die nächste Nationalbewegung setzten: die Palästinenser,

... vergessend, dass sie es mit dem Nahen Osten zu tun haben, mit anderen Weltanschauungen beispielsweise: Weder Judentum noch Islam kennen die europäische Aufklärung; in beiden geht es weniger um das Individuum und seine Rechte (deren Garantie bei uns bislang, wenn überhaupt, nur der Staat übernehmen konnte), sondern um den Stamm und das Volk. Und im Nahen Osten gilt ein anderes als unser (pseudo-) rationales Konfliktverhalten, gelten andere Psychologien usw.

... vergessend auch, dass die Palästinenser, bei allem historischen Recht, das auch sie auf das Territorium haben, auch nicht mehr ganz sauber, auch nur Menschen sind. In weiten Teilen der Linken wird oft – in Idealisierung der «neusten» Opfer – übersehen, dass die Palästinenser auch schon einen Haufen politischer Versäumnisse und strategischer Fehler auf dem Buckel, auch ihren Teil zur Eskalation des Konflikts beigetragen – und doch damit das Recht auf ihren Staat natürlich *nicht* verwirkt haben. Was im übrigen zu entscheiden auch nicht *mein* Geschäft wäre, aber auch nicht das Geschäft von jemand anderem in der Schweiz, auch nicht derer, die am liebsten mit Bleistift und Radiergummi zwischen den Fingern über einer nahöstlichen Landkarte sitzen und Grenzen zeichnen.

Neue Wege in alte Fallen

Als Jude bin ich gewohnt, auf Spielarten von Rassismus und Antisemitismus zu achten: mal ängstlicher, mal kämpferischer. Ich sprach schon davon, dass es bei diesem Thema Fallen gibt, in die man treten kann. Eine der Fallen für einen Juden besteht darin, in jeder noch so berechtigten (!) Kritik an der Politik Israels «Antisemitismus» zu wittern. Wenn aber jemand – noch so dezent – die Eliminierung des Staates nahelegt, mit «Gerechtigkeit» begründet gegenüber denen, die den bösen Juden zum Opfer fallen und unter Hervorstreichen von deren Untaten, dann wittere ich Antisemitismus. Das war der Fall, als ich den politischen Teil des Gesprächs mir vor Augen führte.

Ich frage mich: Ist das eine etwaige «jüdische Paranoia», die mich die Intention der «Neuen Wege» missverstehen lässt? Ich glaube nicht. Und so frage ich weiter: Habe ich es mit Antisemitismus zu tun? Das glaube ich

auch nicht. Was dann? Ich zweifle keinen Moment an der moralischen und politischen Integrität *beider* Interviewpartner. Und doch spreche ich von Antisemitismus. Ich meine damit eine tradierte europäische Denkschiene, auf der man völlig ungezwungen und ohne irgendeinen Hass auf Juden sich bewegt; eine Denkschiene aber, auf der – wie nebenbei – die Selbstaufgabe der Juden gefordert oder in der Not auch deren Eliminierung in Kauf genommen wird. Rein theoretisch natürlich und aus fast «humanitären» Überlegungen heraus. Die Eliminierung von Juden, denen man in der Regel sogar noch eine Wahl lässt und die deshalb dann selber an den weiteren Folgen schuld sind, wenn sie die Hand nicht ergreifen, die ihnen entgegengestreckt wird.

Auf der Schiene des religiösen Antisemitismus?

Das war der Stand meiner Überlegungen, als ich zum zweiten und letzten Teil meiner Anmerkungen zum Interview übergang: zum religiösen Teil, wo vom Reich Gottes die Rede ist. Ich fasse den Abschnitt, um den es hier geht, zusammen: Er fängt damit an, dass der Fragesteller seinem Erstaunen Ausdruck gibt, dass der Religiöse Sozialismus im Gespräch, das Ernst Ludwig Ehrlich mit Kardinal König führte, nicht vorkomme, ebenso wenig der Name von Leonhard Ragaz, dem «Pionier des christlich-jüdischen Dialogs». Ehrlich findet diesen Vorwurf berechtigt und bestätigt die grosse Bedeutung Ragaz'. Es folgt die nächste Frage, in der Ehrlich darauf angesprochen wird, dass er zusammen mit Kardinal König die Hoffnung ausgedrückt habe, «dass Christen und Juden dereinst gemeinsam das ‚Vaterunser‘ beten könnten». Der Fragesteller fährt, vom Zweifel gepackt, fort: «Was aber taugt dieses gemeinsame Gespräch, wenn die Betenden – quer durch die beiden Religionen hindurch – unter der zweiten Vaterunser-Bitte ‚Dein Reich komme‘ nicht dasselbe verstehen?» Auch diese Frage leuchtet mir ein: Wenn Christen und Juden dereinst zusammen beten sollten, dann wäre es schön, wenn die Inhalte des Gebets ebenso wie sein Ziel korrespondierten, zumal der Fragesteller einen konkreten Vorschlag macht: «Ist es nicht gerade die Reichgottes-Botschaft des Religiösen Sozialismus, die weit über den Dialog hinaus für eine tiefe innere

Übereinstimmung von Juden und Christen konstitutiv sein könnte?» Ehrlich gibt dem Fragenden Recht, dehnt aber die Übereinstimmung auf den gesamten christlich-jüdischen Dialog aus. Ehrlich macht auch eine Einschränkung: Er betont die Tatsache des «Nochnicht», die Tatsache, dass «das Ziel unserer Geschichte, dass Gott alles in allem werde», zwar anzustreben, aber noch nicht erreicht sei.

Der Fragesteller betont ein weiteres Mal, dass es der Religiöse Sozialismus sei, der hier eine jüdisch-christliche Gemeinsamkeit entdeckt habe. Ehrlich lässt die Einschränkung auf den Religiösen Sozialismus ein weiteres Mal nicht gelten und betont, dass es an den Menschen liege, das Reich Gottes (in einem langen Weg) unter die Menschen zu bringen, wohl wissend, dass unser Einfluss als Menschen begrenzt, dass «das Reich Gottes nicht allein durch unser Tun» herbeizuführen sei.

Ehrlich nimmt also mehrmals nur unter Vorbehalt die ihm entgegengestreckte Hand an. Ihm scheint – wie ich meine – die Verbrüderung zu schnell und das Ziel zwar erstrebenswert, aber doch weit weg, so dass er der verkündeten Heilsbotschaft mit wohlwollender Skepsis begegnet, worauf die nächste Frage folgt – eine in meinen Augen seltsame Mischung von Verführung und Drohung und eine merkwürdige Verbindung des eschatologischen Themas mit der konkreten Politik: «Würde diese Ökumene des Reiches Gottes verwirklicht, würden die Juden nirgendwo in der Welt mehr diskriminiert oder gar verfolgt, hätte dann Israel für das Judentum noch dieselbe Bedeutung wie heute?» Ich höre darin zunächst die theologische Fassung dessen, was im nächsten Abschnitt sozialistisch und im Kontext des ganzen Interviews politisch begründet wird.

Ich höre: Würdet ihr Juden euch auf die von uns vorgeschlagene Ökumene heute schon einlassen, auf die Utopie des Reiches Gottes, dann würdet ihr in alle Zukunft nicht mehr diskriminiert und verfolgt. Ich höre: Würdet ihr euch auf *unsere* Ökumene und unsere Heilslehre einlassen, dann hätte auch der Staat Israel für euch nicht mehr dieselbe Bedeutung, ihr könntet getrost auf ihn verzichten. Und ich höre: Würdet ihr *sofort* euch darauf einlassen und auf euren Staat verzichten zugunsten des *zukünftigen* Reiches Gottes,

dann würdet ihr dereinst am Heil partizipieren. Den Verzicht aber sollt ihr bitteschön sofort leisten.

Und als ob die theologische nicht reiche, kommt noch die «sozialistische» Version desselben. Die Originalfrage lautet: «Ernst Bloch sagt in seinem Prinzip Hoffnung: ‚Ubi Lenin, ibi Jerusalem‘. Er meinte, dass die Verwirklichung des Sozialismus dem Antisemitismus ein Ende setzen und einen Judenstaat überflüssig machen würde. Anders gefragt: Gehört der eigene jüdische Staat wesentlich zum Judentum, oder ist er für die Juden nur eine Notordnung?»

Inhaltlich beantwortet, meine ich tatsächlich, das Judentum liesse sich keinesfalls auf den Staat Israel reduzieren, das Judentum bedürfe des Staates Israel nicht. Ich meine, dass das Judentum als religiöse Kraft weit über die weltlichen Bedürfnisse von Teilen des jüdischen Volkes nach einem jüdischen Staat hinausweise. Und auch ich meine, der jüdische Staat entspringe einer «Notordnung», der Überzeugung vieler Juden nämlich, nur in einem eigenen Staat könnten sie den Pogromen entgehen. Bin ich inhaltlich also gar nicht so weit von der Stossrichtung der Frage entfernt, so kommt mir die Schiene, auf der diese Frage daherfährt, doch allzu vertraut vor. Da wird doch tatsächlich ein utopisches Jenseits herbeigewünscht, als dessen Verkünder auch noch ein Jude erscheint: die von Bloch vertretene Utopie/Eschatologie des Sozialismus. Und es wird angenommen, mit dessen Eintreten wäre allem Leid (der Juden) ein Ende bereitet. Und es wird von den Juden verlangt, zugunsten der eschatologischen Erwartung auf ihre weltlichen Ansprüche zu verzichten: zugunsten des Ziels der Geschichte zu verzichten auf ihren Staat.

Angesichts einer solchen Schiene werden in mir Erinnerungen wach: Beispielsweise an die Inquisition mit ihren «Opferungen» der Juden, mit ihren Losungen «Übertritt oder Scheiterhaufen!» und ich *weiss*, dass *das* von NW *nicht* gemeint sein kann. Was aber *ist* gemeint?

Von der Heilslehre zum Terrortotalitarismus

Es geht vielleicht gar nicht um Israel, denke ich, sondern um etwas, das seit dem Kommunistischen Manifest von uns Linken für gut und richtig befunden wird: Es geht um die in-

ternationale Solidarität zwischen den Völkern und in *diesem* Sinn generell um die Abschaffung des Staates. Jetzt lediglich *exemplifiziert* am Beispiel Israels. Die Interpretation erleichtert mich – doch nur auf den ersten Blick, denn selbst wenn dem so wäre, komme ich mit vielem nicht klar.

Warum wird denn *hier* nicht verlangt, auch die *Schweiz* als Staat möge beispielsweise zugunsten einer völkerverbindenden Utopie abdanken? Die Antwort ist klar: Weil in der heutigen politischen Landschaft dafür keine Mehrheit unter den Schweizern zu finden wäre. Ich frage weiter: Warum wird denn die Existenz des Staates Israel abgelehnt und gleichzeitig die Errichtung eines Palästinenserstaates gefordert? Das gäbe für mich keinen Sinn. Ausser vielleicht, weil der palästinensische Staat ein multikonfessioneller, laizistischer Staat *sein könnte* und kein religiöser Einheitsstaat wie Israel. Das würde mir theoretisch (!) einleuchten. Aber die Antwort wäre dieselbe wie in Bezug auf die Schweiz: Auch in Israel wäre heute dafür keine Mehrheit zu finden, die Arbeiter da und dort sind mehr patriotisch als internationalistisch eingestellt. *Diese* Utopie scheint vielen zwar schön, aber in der realen Situation nicht sehr verlockend. Warum gerade im ethnischen Pulverfass Mittelost, wo Verfassungen eh nicht das Gelbe vom Ei sind, sondern in allererster Linie die nackte Macht zählt, warum also gerade von den Juden dort das verlangen, was selbst den friedensverwöhnten Schweizern inmitten der mitteleuropäischen Alpen so schwerfällt?!

Fragen über Fragen. Warum aber erleichterte mich denn die obige Interpretation? Die Antwort lautet: Weil auch ich die Verheissung der völkerverbindenden Utopie teile. Weil sie auch mir die *Richtung* gibt. Weil auch ich mich aufgehoben fühlte inmitten einer solidarischen Gemeinschaft auf der Ebene der Weltgesellschaft. Weil auch ich es unerträglich finde, wie weit wir – angesichts der Not, des Elends, der Unterdrückung – von der Lösung entfernt sind, die doch – *wir* wüssten es ja! – nur einen Steinwurf entfernt vor uns zu liegen scheint.

Aber ich weiss auch etwas anderes – und denke dabei an den Nahostkonflikt, aber längst wieder nicht mehr nur an ihn. Ich weiss – und das war, meine ich, auch die Antwort Ernst Ludwig Ehrlichs,

– dass der Weg von der Realität zur Utopie ein langer und mühevoller ist

– dass, wer von einer Utopie spricht, auch etwas über den Weg sagen muss, zumindest über den nächsten *realisierbaren* Schritt

– dass, wer innerhalb einer konkreten historischen Situation Politik machen will, Widersprüche, Konflikte, Ambivalenzen aushalten muss, auch die bestehende Distanz zum Ziel, das im Gewühl der Politik nicht aus den Augen verloren werden darf

– dass, wer die historischen Erfahrungen der Völker und das noch so «verzerrte» Bewusstsein der Menschen, ihre Dialektik übergeht, sie nicht für den nächsten Schritt gewinnen kann

– dass, wer von der Utopie spricht und sie von der konkreten Geschichte abkoppelt, im Jenseitigen landet – egal ob diese Eschatologie dann in christlichen, sozialistischen oder was weiss ich für Termini formuliert wird

– und dass in dem Moment, wo kurzschlüssig von der Utopie auf die Realität geschlossen wird, der utopische Idealismus sich dort, wo er an die Macht kommt, in Totalitarismus, und dort, wo er ohnmächtig bleibt, in Terrorismus verkehrt. Beide Male gekennzeichnet durch «strategisch in Kauf genommene» Opfer zugunsten des hehren Ziels und durch das unerträgliche Paradox der Preisgabe von Menschlichkeit zugunsten der Menschlichkeit.

Innerhalb des Dilemmas entscheide ich mich für eine Form, die mit dem unerträglichen Grauen dieser Welt (es gibt glücklicherweise nicht nur dieses) irgendwie fertig werden muss. Da ist Utopismus nicht das, was ich will. Das Nicht-radikal-Handeln mag als ein Verschliessen der Augen erscheinen – was es aber nicht ist. Es ist ein Leben in und mit den Widersprüchen. Jaron Bendkower

Antisemitismus wider Willen?

Jaron Bendkower vermutet hinter meinen Fragen an Ernst Ludwig Ehrlich «Meinungen», die auf der «wohlbekannten Schiene» des «linken» und erst noch «religiösen Antisemitismus» daherkämen. Diese Zuordnung geht mir nahe, auch wenn Jaron Bendkower einräumt, dass die «Verknüpfungen», die *er* herstellt, «vom Gesprächspartner vielleicht gar nicht intendiert waren» und dass dieser «keine antisemitischen Motive hat». Im

«Spiel mit Fallen» beginnt der Gegenzug: Kritische Fragen zur israelischen Politik werden auf die «wohlbekannte Schiene» abgeschoben und tabuisiert. Dieses Vorgehen verwundert mich bei Jaron Bendkower um so mehr, als er selbst das Verhalten der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten mit weit stärkeren Worten verurteilt als Ernst Ludwig Ehrlich, dem es wiederum nicht eingefallen wäre, hinter meinen Fragen «Antisemitismus» zu vermuten . . .

Jaron Bendkower spricht von einer «Eröffnung» (des «Spiels»), die Auschwitz mit Israels Palästinenserpolitik gleichsetze. Doch bei aller Kritik, die meine Fragen zu Israels Besatzungspolitik enthalten mögen, den Vorwurf des «Völkermordes» enthalten sie eindeutig nicht. Ich vergleiche nicht Unvergleichbares, auch nicht bei den Opfern. Gewiss ergreife ich für die Palästinenser Partei, aber nicht, weil sie die «Opfer der Opfer» oder gar «bessere Menschen» wären. Es genügt, dass sie Opfer sind. Für die Opfer Partei ergreifen heisst darum auch nicht, in einen Teufelskreis der Gewalt einsteigen, der am Schluss nur noch Opfer übrig liesse. Die Parteinahme für die Palästinenser darf sich nicht gegen das Existenzrecht Israels richten.

Die Fragen, die ich stelle, resumieren eine Kritik an Israel, die innerhalb der politischen Linken tatsächlich erhoben wird. Die Frage hinter meinen Fragen heisst: Wie geht ein (kritischer) Jude mit solcher Kritik an Israel um? Sie angesichts der komplexen Wirklichkeit zu beantworten, war das Angebot an Ernst Ludwig Ehrlich. Die Fakten, von denen meine Fragen ausgingen, hat mein Gesprächspartner übrigens nicht ausdrücklich in Abrede gestellt. Wohl aber hat er einige der angeführten Beispiele der Abhängigkeit Israels von den USA zugeschrieben. Diese Antwort lässt bei mir weitere Fragen aufkommen, zumal ich die Aussenpolitik der – «christlich» regierten – USA tatsächlich für imperialistisch halte (was allenfalls mit «strukturell Bösem», nicht aber mit einer «Inkarnation des Bösen» bzw. einem «Gut-böse-Schema» zu tun hat).

Es trifft zu, dass die Schweizer Linke in erster Linie für die Politik des eigenen Landes Verantwortung trägt. Ich teile die Kritik Jaron Bendkowers an der finanziellen Alimentierung des Apartheid-Regimes durch die Schweizer Banken, halte in diesem Zusam-

menhang auch Jean Zieglers Begriff des «sekundären Imperialismus» als Kennzeichnung der ökonomischen Rolle der Schweiz im Dienste des nordamerikanischen «Primär-imperialismus» für nach wie vor zutreffend. Gerade darum liegen meine Fragen nach einer möglicherweise analogen Funktion Israels nicht auf der «Schiene» des Antisemitismus, sondern auf der Ebene allgemeiner Imperialismuskritik. Die besondere Verantwortung für die Politik der Schweiz entbindet uns nicht vom öffentlichen Nachdenken über den Nahostkonflikt, zumal sowohl Israel als auch die PLO unsere kritische Solidarität erwarten und erwarten dürfen.

Am meisten beschäftigt mich Jaron Bendkowers Kritik an dem, was er für mein Verständnis des Reiches Gottes hält. Ich würde, meint Bendkower, mit einer «Mischung von Verführung und Drohung» den Juden nahelegen, «zugunsten des Ziels der Geschichte zu verzichten auf ihren Staat». Meine Fragen zielten jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Sie bezweifelten nicht im geringsten, dass der Staat Israel aufgrund der Judenverfolgungen zumindest als «Notordnung» berechtigt sei, und liessen offen, ob dieser Staat darüber hinaus «wesentlich zum Judentum» gehöre. Eindeutiger noch als Ernst Ludwig Ehrlich schränkt Jaron Bendkower den Staat Israel auf die «Notordnung» ein. Ja, er ist mit mir der Meinung, dass die «Verheissungen der völkerverbindenden Utopie» ohne solche «Notordnung» auskämen, wo sie Wirklichkeit würden. Das heisst nun aber gerade nicht, die Juden sollten «zugunsten der eschatologischen Erwartung» auf ihren Staat verzichten. Das heisst vielmehr umgekehrt, dass die Gründung des Judenstaates zur historischen Notwendigkeit geworden ist, weil wir noch immer so weit von der «völkerverbindenden Utopie» des Reiches Gottes entfernt sind, weil vor allem Christen und Kirchen immer wieder an Judenpogromen schuldig oder doch mitschuldig geworden sind. Vorleistungen müssten hier gewiss nicht die Opfer erbringen, als welche ich in diesem Kontext die Juden noch immer sehe.

Jaron Bendkowers Kritik zeigt, wie schwierig der Dialog zwischen Juden und Christen noch sein kann, selbst wenn die Gesprächspartner sich zur Linken zählen und gemeinsam auf die «völkerverbindende Utopie» des

Reiches Gottes hoffen. Diese Ebene wird offenbar immer wieder durchkreuzt durch die Ebene des historischen Antijudaismus, gerade auch des christlichen, wo Wörter etwas anderes meinen als im Kontext des Religiösen Sozialismus. Jaron Bendkowers Stellungnahme dokumentiert die gemeinsame Trauerar-

beit, die noch zu leisten ist, bevor der Dialog überhaupt beginnen kann. Ich danke ihm für seine Kritik und hoffe, dass sie uns hilft, «gemeinsam die Fallen zu betrachten, die dieses Spiel *allen* Beteiligten bietet», und «gemeinsam aus diesem Spiel auszusteigen».

Willy Spieler

HINWEISE AUF BÜCHER

Annette Frei: *Rote Patriarchen*. Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation in der Schweiz um 1900. Chronos Verlag, Zürich 1987. 217 Seiten, Fr. 30.—.
Rudolf M. Lüscher / Werner Schweizer: *Amalie & Theo Pinkus-De Sassi*. Leben im Widerspruch. Limmat Verlag, Zürich 1987. 420 Seiten, Fr. 45.—.

Was für Deutschland schon mehrfach bearbeitet ist, liegt nun auch für die Schweiz vor: eine zusammenhängende Darstellung der Einstellung der Arbeiterbewegung zu den grundlegenden politischen, ökonomischen und familiären Problemen ihrer Frauen. Theoretisches zur Frauenfrage hat der hiesige Sozialismus kaum hervorgebracht. Eine bescheidene, aber bemerkenswerte Ausnahme macht der Zürcher Botanikprofessor Arnold Dodel, der eine frühe feministische Position mit einigem Nachdruck vertrat. In den Parteiprogrammen kam die Frauenfrage nur am Rande vor. Im Gründungsprogramm von 1888, fehlte sie ganz, ins erste marxistische Programm von 1904, am Beginn des Aufschwungs der SPS, wurde das Frauenstimmrecht aufgenommen. In der Tagespolitik aber fehlte der tatkräftige Einsatz.

Dieses Fehlen erklärt Annette Frei in dem Kapitel, das dem Buch den Namen gegeben hat. Leider muss sie sich bei der Darlegung des von bürgerlichen Werten geprägten Familienlebens der von Fritz Brupbacher als «Plüschsofa-Proleten» apostrophierten Arbeiterführer mit einer äusserst schmalen Quellenbasis – wenigen Zitaten aus zeitgenössischen Biographien und Autobiographien – begnügen. Bei der Basis gar steht ihr ausser den pointierten Auslassungen des Arbeiterarztes und Intellektuellen Brupbacher gar nichts zur Verfügung.

Faktenreicher ist die Darstellung der Arbeiterinnenbewegung. Was hier die wenigen namentlich bekannten Führerinnen – allen voran Margarethe Fass – und viele ungenannte geleistet haben, wird in der ganzen Breite der Verbandstätigkeit anschaulich gemacht. Geradezu tragisch ist die Entwicklung des Verhältnisses der Arbeiterinnenbewegung zu den beiden Säulen SPS und Gewerkschaftsbund. Nachdem sie eine Kooperation mit den bürgerlichen Frauen definitiv abgelehnt hatten, schlossen sie sich 1904 dem SGB an. Als 1908 dessen neue

Statuten nur noch Berufsverbände zuliessen, wurden die Frauen zum Austritt gezwungen. 1912 wurden sie in die SPS aufgenommen, hier aber bereits 1917 als eigener Verband aufgelöst, um als Frauengruppen integriert und auch dominiert zu werden.

Die Funktionsweise eines heutigen roten Patriarchats veranschaulicht die Doppelbiographie von Amalie und Theo Pinkus-De Sassi. So gesehen liegt der im Titel genannte Widerspruch zwischen Theos Denken und Reden in den Kategorien von Emanzipation und Basisdemokratie und seiner von den Partnerinnen – ausser Amalie kommen auch Freundinnen zu Wort – als Egoismus erfahrenen tagtäglichen Selbstverwirklichung. Der Leser freut sich über den Materialreichtum und ist beeindruckt von der durch allen politischen Wandel hindurch kaum gebrochenen Kontinuität, welche auch die gemeinsame Rezension rechtfertigt. Es ist die Kontinuität der Grundstrukturen der Geschlechterbeziehungen, sowie die nicht ausschliessliche, aber doch wesentliche Funktion der sozialistischen Ideologie im Dienste des Mannes.

Gleichzeitig ist die Doppelbiographie eine Fundgrube zur Geschichte und zu den Geschichten der Linken in der Schweiz und in Europa seit den dreissiger Jahren. Eine höchst eindrucksvolle Kontinuität besteht eben auch im Ideenreichtum und im selbstlosen Einsatz für die Arbeiterbewegung, was die beiden zu Symbolfiguren der Linken gemacht hat. Von sehr unterschiedlicher familiärer Herkunft, sind beide durch den Antifaschismus politisiert und in die KP geführt worden, der sie die Treue über alle Wirren und auch trotz des persönlichen Ausschlusses gehalten haben. Grundsätzliche oder neue Fragen werden dabei kaum aufgeworfen. Es bleibt über weite Strecken ein Erinnerungsbuch für jene, die sich selbst oder Bekannte im Text wiederfinden. Einiges wird breiter und exemplarischer dargestellt, so etwa die Naturfreunde als Pioniere des Volkstourismus und als Vorfeld der Partei. Auch der Kalte Krieg in der Schweiz gewinnt einige neue oder mindestens das Bekannte bestätigende Aspekte. Etwas ausführlicher in der Bedeutung und in der kritischen Darstellung hätte die Selbstverwaltung am Beispiel der Limmatbuchhandlung und der Studienbibliothek ausfallen dürfen.

Karl Lang